

Pressemitteilung: Kathpress
APA OTS
16.12.2008

Spendenabsetzbarkeit: "Soziales ist öffentliche Aufgabe"

utl: Katholische Sozialakademie fordert, Finanzierungslücken im Sozialbereich zu schließen - Sozialstaat braucht Steuern, nicht nur Spenden

Wien, 16.12.08 (KAP) "Das Soziale ist eine öffentliche Aufgabe" - bestehende Finanzlücken in diesem Bereich zu schließen ist somit eine genuine Aufgabe des Staates: Das hat Markus Schlagnitweit, der Direktor der Katholischen Sozialakademie Österreichs (ksoe), in einer Stellungnahme zur laufenden Debatte über die Spendenabsetzbarkeit unterstrichen. Der akute Spendenrückgang und die "augenfälligen Schwierigkeiten" sozialer Organisationen bei der Finanzierung ihrer Aufgaben würden stetig wachsende Engpässe bei der staatlichen Sozialpolitik offenbaren, so Schlagnitweit in einer Aussendung am Dienstag.

Steuerliche Anreize für jene Spender, die etwas absetzen können, seien ebenso keine endgültige Lösung für die Probleme im Sozialbereich wie bloße "Löschaktionen" wie die Rettung von Banken im Bereich der Finanzmarktkrise. Vielmehr müsse der Fokus auf strukturelle Ursachen und entsprechende sozialpolitische Maßnahmen gerichtet werden, betonte der ksoe-Direktor. Das Drängen humanitärer Hilfsorganisationen auf eine steuerliche Absetzbarkeit von Spenden wertete Schlagnitweit als "einen Aufschrei aus einer Situation, in der man mit dem Rücken zur Wand steht".

Strukturelle Probleme nicht übersehen

Es dürfe aber das tiefer liegende Problem keineswegs übersehen werden, dass nämlich die Armut in Österreich und weltweit immer gravierender wird, erklärte Schlagnitweit. Allein in Wien seien 50 Prozent der Sozialhilfeempfänger erwerbstätig. Immer mehr Erwerbstätige seien darauf angewiesen, Güter des täglichen Bedarfs in speziellen "Sozialmärkten" zu erwerben. Und auf globaler Ebene stelle der Hunger ein "strukturelles Problem riesigen Ausmaßes" dar.

Schlagnitweit: "Was es braucht, ist ein Sozialstaat bzw. eine Staatengemeinschaft, die wirklich das Gemeinwohl - und nicht bloß die Zufriedenheit einer gewissen Mehrheit - in den Blick nimmt und so ihren Aufgaben nachkommt." Das sind nach den Worten des Sozialethikers: "Verteilungsgerechtigkeit und Teilhabechancen für wirklich alle herstellen".

Hilfe nicht privatisieren

Auch wenn der Staat viele Aufgaben durchaus privaten Hilfsorganisationen übertragen könne, dürfe ihre Finanzierung "nicht einfach privatisiert werden". Das adäquate Mittel zur Finanzierung des Sozialstaates seien letztlich Steuern. Statt der "populistischen Rede" von Steuersenkungen braucht es vielmehr eine grundlegende Auseinandersetzung über Steuergerechtigkeit und eine echte Strukturreform des Steuerwesens, verwies Schlagnitweit etwa auf ein von der Katholischen Aktion Österreich vorgeschlagenes Maßnahmenpaket mit zahlreichen konkreten Reformschritten.

"Spenden unterliegen immer auch persönlichen Vorlieben", argumentierte der ksoe-Direktor für staatliche Verantwortung statt einem "immer schärfer werdenden Spenden-Wettbewerb" der Hilfsorganisationen. Die Debatte, wer in den Genuss einer steuerlichen Absetzbarkeit kommen soll - soziale Organisationen, EZA-Organisationen, Umweltschutzorganisationen, - zeigt laut Schlagnitweit das "eigentliche Problem" auf: "Die Auslagerung öffentlicher Aufgaben auf diesem Wege löst keine Strukturprobleme, sondern eröffnet stets neue."

Pressemitteilung: Kathpress
APA OTS
16.12.2008